

---

## Editorial

Kia ora, liebe Leserin und lieber Leser,

endlich läßt das Pazifik-Netzwerk und die Pazifik-Informationsstelle wieder etwas von sich hören! Nach dreimonatiger Vakanz habe ich zum 1. April das von meiner Vorgängerin Susanne Piegsda wohl organisierte Büro übernommen. Die Arbeit an "pazifik aktuell" (die nächste Ausgabe erscheint in der ersten Juniwoche) und an diesem Rundbrief hat erfolgreich begonnen. Viele Vereinsmitglieder sind den 'Ermahnungen' auf der diesjährigen Mitgliederversammlung in Hannover gefolgt und haben Beiträge für den aktuellen Rundbrief eingeschickt. Ob das so bleibt?

Einigen Anregungen der Mitgliederversammlung soll ab dieser Ausgabe Rechnung getragen werden. Ein viel geäußelter Wunsch nach Berichten aus der Infostelle wird erfüllt. Außerdem gibt es pro Jahresausgaben einen Länderschwerpunkt. Anlässlich meiner Reise im Februar/März erscheinen in den nächsten Rundbriefausgaben Berichte zu Aotearoa. Den Anfang macht das Waitangi-Nationalreservat. Dort wurde am 21. Mai 1840 Neuseelands britische Souveränität erklärt. Ihre/Eure Artikel über Neuseeland sind herzlich willkommen!

Weitere Neuerungen sind die Angaben von "pazifischen" Internetadressen und eine Auflistung von TV- und Radiodokumentationen, die in der Infostelle ausgeliehen werden können.

Wie bisher wird es eine Buchbesprechung geben. Roland Seib rezensiert das neue Buch der Ethno-Psychoanalytikerin Florence Weiss. Weiss hat 1991 einige Monate in einer Siedlung der Iatmul bei Rabaul, der Provinzhauptstadt von East New Britain gelebt und fragt in ihrer ethnologischen Erzählung nach, was aus den "dreisten" Iatmul Frauen des Sepik-Flusses in der Großstadt geworden ist.

Volker Böge ist mit drei Beiträgen vertreten. Im Namen des Vereins hat Volker an der Hauptversammlung der Norddeutschen Affinerie (NA) in Hamburg teilgenommen. Die NA bezieht einen Grossteil ihres Kupfererzes von den Minen Ok Tedi in Papua-Neuguinea und Freeport in West-Papua. Dem Förderkreis "Rettet die Elbe" und anderen Protestteilnehmern gelang es, Ok Tedi auf die Tagesordnung zu setzen und für eine Schliessung der Mine zu plädieren. Volker Böge beschreibt die intensive Diskussion auf der Aktionärsversammlung und schildert die Hintergründe.

In Vertretung der Pazifik-Informationsstelle war Volker Böge auf der Jahrestagung des Westpapua-Netzwerkes. Er berichtet ausführlich über die Gesprächsbeiträge von John Rumbiak, Vertreter einer Menschenrechtsorganisation aus Jayapura/West-Papua und von Angelika Köster-Loßagk aus der Bundestagsfraktion der Bündnisgrünen.

Auf der Insel Bougainville scheint nach Abschluß des Loloata-Abkommens endlich ein Stück Normalität und Alltag einzukehren. Volker Böge analysiert die Entwicklungen der letzten Monate und verschafft uns einen Überblick über die aktuelle Lage.

Last, but not least: Termine, Veranstaltungen, Seminare, Dossiers, Literaturangaben und Internetadressen.

Eine abwechslungsreiche Lektüre wünscht Ihnen/Euch



## Das Waitangi-Nationalreservat: Gründungsort des "weißen" Neuseelands

Das Waitangi (Maori: weinendes Wasser) National Reserve in der Bay of Islands im Nordosten der Nordinsel ist sicher der geschichtsträchtigste Ort der jungen Nation Neuseeland (s. Karte S. 28). Die Bay of Islands mit ihrer größten Hafenstadt Kororareka

(das heutige Russel) war schon früh Anlaufstelle für die *Pakehas*, die "Weißen". James Cook erklärte 1769 die "Bucht der

tausend Inseln" zum Herrschaftsgebiet des englischen Königs Georg III. 1814 gründete der Anglikaner Samuel Marsden die erste Missionsstation. Wal- und Robbenfänger verhalfen der Region Anfang des 19. Jahrhunderts zu einem wirtschaftlichen Aufschwung. Missionare, Händler und Seeleute traten in einen schwunghaften Handel mit den ansässigen Maori *iwi* (*iwi* = verwandtschaftliche Gruppe/"Stamm"), begehrtes Tauschgut waren englische Musketen. Schwierigkeiten blieben nicht aus, die Einfuhr von alkoholischen Getränken tat ein übriges und so wurde Kororareka berühmt-berüchtigt als "Hell hole of the Pacific". 1832

kam deshalb der Engländer James Busby als Abgesandter der britischen Krone nach Russel, um Gesetzesbrecher zu verurteilen, Siedler und Händler zu schützen und die miteinander verfeindeten *iwis* zu versöhnen. Busby errichtete sein Haus auf einem Hügel oberhalb Paihias mit Blick auf die Bay of Islands. Das im gregorianischen Stil erbaute Gebäude aus Kaurihölzern sollte als Gründungsort der neuseeländischen Nation in die Geschichte eingehen (s. Abbildung). Als 1835 ein Großteil des Landes in der Bucht an Frankreich verkauft wurde, trafen sich 35 chiefs der nördlichen *iwis* in Busbys Haus, um eine Unabhängigkeitserklärung zu unterzeichnen. So sollten weitere Landkäufe durch Europäer verhindert werden. Trotzdem kam es in den Folgejahren zu bewaffneten Auseinandersetzungen um Landkäufe zwischen Maori sowie Engländern und Franzosen. 1837 wurde der englische Kapitän William Hobson zu Hilfe gerufen, er sollte Zusammenstöße zwischen englischen Siedlern und Maori verhindern. Drei Jahre später ernannte sich Hobson zum Gouverneur und bestellte Maori chiefs, Missionare und englische Siedler in Busbys Haus. Am 6. Februar 1840 wurde der Vertrag von Waitangi zwischen 46 nördlichen *iwis* und der britischen Krone unter Königin Victoria unterzeichnet. Das Dokument wurde mit Hilfe von Missionaren durch das Land getragen, bis schließlich 500 Älteste unterschrieben hatten. Dabei wurde die Südinsel übergangen und kurzerhand annektiert. Am 21. Mai 1840 erklärte Hobson die britische Souveränität Neuseelands.

Bis heute reißen die Diskussionen um die Übersetzung des Vertragstextes nicht ab. Beim Vergleich der englischen mit der Maori- Version lassen sich gravierende Unterschiede feststellen:

Artikel 1 (englisch): The Chiefs of the Confederation of the United Tribes of New Zealand, and the separate and independent Chiefs who have not become members of the Confederation, cede to Her Majesty the Queen of England, absolutely and without reservation, all rights and powers of **sovereignty** which the said Confederation or individual Chiefs respectively exercise or possess...over their respective Territories as the sole sovereigns thereof.

(Maori): The Chiefs of the Confederation, and all the Chiefs who have not joined that Confederation give absolutely to the Queen of England forever the complete **government** over their land.

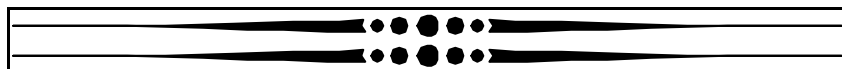
Land verkörperte für die Maori ihre Geschichte, es stellte die Verbindung zwischen den Menschen und ihren Ahnen her und war Basis jeder kulturellen Identität der *iwis*. Land war nicht Eigentum eines Einzelnen, sondern es gehörte dem *ganzen iwi*, dessen Ältester unterschiedliche Nutzungsrechte an Untergruppen, Familien oder Individuen verteilen konnte. Ein Verkauf des Landes, also der im europäischen Sinne Besitz- und Eigentumsrechte, war unvorstellbar. "**Government**" in der Maori-Version des Vertrages hieß: Die Maori vergaben die Landnutzungsrechte an die Engländer und zwar (laut Artikel 2) ausschließlich an diese. Als Gegenleistung erhielten die Maori Rechte und Pflichten britischer Staatsbürger und bekamen die Land- und Fischereirechte garantiert (Artikel 2 "...the full and exclusive and undisturbed possession of their Lands and Estates Forests Fisheries and other properties..."). Für die Engländer bedeutete "**Sovereignty**" die absolute Herrschafts- und Verfügungsgewalt über das Land.

Die Folgen der Übersetzungsfehler äußern sich heute in Landrechtsprozessen und Wiedergutmachungszahlungen. Im Vergleich zu anderen ehemaligen Kolonialmächten geht die neuseeländische Regierung progressiv mit den Forderungen nach Landrückgabe um. Mitte der 80er Jahre brachte ein Rechtsstreit vor dem 1975 eingesetzten Waitangi-Tribunal die Grundsatzfrage, welche juristisch bindenden Urteile heute aus dem Vertrag abzuleiten seien, vor den obersten Gerichtshof (Court of Appeal). Der Konflikt war um die Absicht der Stadt Rotorua entbrannt, ihre Abwässer in den fischreichen Kaituna-Fluss einzuleiten. Das Gericht hatte zu entscheiden, ob nicht der Maori-Anspruch auf Fischgründe - wie im Vertrag von Waitangi festgelegt - mehr galt als die Verordnungen der Verwaltungsbehörde.

In seinem Urteil maß das Gericht dem Vertrag Grundgesetzstatus zu und betonte, jede Auslegung müsse sich an dem für die seinerzeit benachteiligte Partei (sprich: die Maori) gültigen Text orientieren. Die neuseeländische Regierung mußte den Schiedssprüchen des Tribunals Folge leisten. Als Folge dieses Urteils wurden bis 1998 745 Klagen für die Rückgabe von Land vor dem Waitangi-Tribunal eingebracht.

Mit Waitangi verbinden die drei Millionen weißen NeuseeländerInnen<sup>1</sup> und die rund 550.000 Maori ganz unterschiedliche Gefühle. Wie wichtig Waitangi noch heute für die Maori ist, zeigt sich in Alltagsgesprächen. Es wird gefragt, ob man denn auch beim Waitangi Treaty House gewesen sei und wie man denn als Europäerin/Deutsche diesen Vertrag beurteile. Nach meiner Beobachtung bringen die "Kiwis" von sich aus nicht das Gespräch auf den Vertrag von Waitangi. Es gestaltete sich auch als problematisch, sie auf ihr Verhältnis zu den Maori anzusprechen. Ausweichende oder ablenkende Antworten waren die Regel. Das Verhältnis der "Pakehas" zu den Maori ist leider längst nicht so tolerant und spannungsfrei, wie das die spektakulären - von Maori gewonnenen - Landrechtsprozesse erwarten lassen.

Julia Ratzmann



## Wegen Ok Tedi: Protestaktion bei der Hauptversammlung der Norddeutschen Affinerie

Am 4. April 2000 trafen sich im noblen Hamburger Congress-Centrum die Aktionäre der Norddeutschen Affinerie zu ihrer diesjährigen Hauptversammlung. "Begrüßt" wurden sie vor dem Tagungsort von Menschen aus der Hamburger Hafengruppe, dem Pazifik-Netzwerk, dem BUKO und anderen Organisationen, die mit Transparenten, Plakaten und Flugblättern darauf aufmerksam machten, dass diese nach eigenem Bekunden umweltfreundlichste Kupferhütte der Welt mitverantwortlich ist für schwerste Umweltzerstörungen und Menschenrechtsverletzungen in Papua-Neuguinea und im indonesisch besetzten West-Papua (Irian Jaya). Denn die Norddeutsche Affinerie (NA) bezieht einen Grossteil ihres Kupfererzes

<sup>1</sup> Ich bin mir des problematischen Sprachgebrauchs bei der Beschreibung der jetzigen Bewohner Neuseelands bewußt. Maori beschreiben die Europäer als "white Europeans" oder "Pahekas", die Europäer bezeichnen sich selbst als "we, the Kiwis" und die Maori als "they, the Maori". Im Alltag läßt sich daher kein wertneutrales Sprachverhalten feststellen.

von zwei Minen, die im Hochland von Neuguinea liegen. Das ist zum einen die Ok Tedi-Mine auf dem Gebiet Papua-Neuguineas (PNG), und zum anderen die Freeport-Mine in West-Papua. Beide Minen gehören zu den weltgrößten Tagebauprojekten. Mit Ok Tedi unterhält die NA langfristige Lieferverträge; sie bezieht jährlich rund 90.000 Tonnen Kupferkonzentrat von dort, das ist fast ein Viertel des von der NA-weiterverarbeiteten Kupferkonzentrates. Und auch Erzfrachter mit Kupfererz aus der Freeport-Mine machen mehrmals im Jahr im Hamburger Hafen fest.

Ok Tedi ist in den letzten Wochen in die internationalen Schlagzeilen geraten, weil die Betreibergesellschaft selber eingestehen musste, dass der Betrieb der Mine zu verheerenden Umwelterstörungen geführt hat und immer noch führt. Schon seit Jahren hatten Umweltschutzorganisationen immer wieder kritisiert, dass der Minenbetrieb gegen jegliche international üblichen Umweltstandards verstösst und zu Flussvergiftung, grossflächigem Absterben tropischer Regenwälder usw. führt. Die Betreibergesellschaft, der australische Bergbaugigant Broken Hill (BHP), hatte diese Kritiken stets zurückgewiesen und die Kritiker denunziert und lächerlich gemacht. Nun musste BHP aber erstmals unabhängige Umweltstudien zulassen. Deren Ergebnisse wurden im letzten August vorgelegt. Sie bestätigten die kritischen Stimmen, ja, übertrafen teils sogar noch die schlimmsten Befürchtungen. Kleinlaut musste der BHP-Chef einräumen, dass man den Betrieb von Ok Tedi gar nicht hätte aufnehmen dürfen, wenn man um dieses Ausmass der Umwelterstörungen gewusst hätte. Im März nun bestätigte eine Studie der Weltbank die verheerenden Umweltschäden und zog die Schlussfolgerung, dass man unter ökologischen Gesichtspunkten die Mine eigentlich sofort still legen müsste. Gegenwärtig läuft in Papua-Neuguinea und international eine lebhafte Debatte um die Zukunft von Ok Tedi.

Internationale Umweltorganisationen fordern ihre sofortige Stilllegung, und BHP selber lanciert öffentlich immer einmal wieder Gerüchte, sich aus dem Projekt möglichst rasch zurückziehen zu wollen. Nun stellt sich allerdings das Problem, dass Ok Tedi für Papua-Neuguinea der grösste Devisenbringer und Steuerzahler ist und dass die gesamte Minenregion mittlerweile am Tropf der Bergwerksgesellschaft hängt. Die gesamte Infrastruktur und viele soziale Einrichtungen werden aus Mitteln unterhalten, die die Minenbetreiber für Strukturmassnahmen zur Verfügung stellen. Eine sofortige Schliessung der Mine hätte für die Menschen in der Region katastrophale wirtschaftliche und soziale Folgen. Daher wird gefordert, dass sich BHP jetzt nicht einfach aus dem Staube machen dürfe und die Menschen nicht mit der von der Mine verursachten ökologischen Katastrophe allein lassen dürfe. Vielmehr müsse eine Strategie für die Minenschliessung einschliesslich ökologischer und sozialer Rehabilitationsmassnahmen erarbeitet werden. Der Förderkreis "Rettet die Elbe", der NA-Aktien besitzt, hat zur Unterstützung der betroffenen Menschen in der Ok Tedi-Region zur NA-Hauptversammlung beantragt, dass die NA sich für die Schliessung der Mine einsetzt und zweckgebunden zur Abhilfe von wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Minenschliessung eine Rücklage von 1% des Bilanzgewinns bildet. In seiner Presseerklärung zu diesem Antrag schreibt der Förderkreis: "In Hamburg rühmt sich die NA, sauberste Kupferhütte der Welt zu sein. Wenn sich die NA ihrer weltweiten Verantwortung für die Bedingungen der Kupferproduktion jedoch nicht stellt, bleibt das Bekenntnis zu nachhaltiger Entwicklung Heuchelei".

Auf der Hauptversammlung sah sich der Vorstandsvorsitzende der NA genötigt, angesichts der Proteste vor der Tür und der Anträge von "Rettet die Elbe" relativ ausführlich auf das Thema Ok Tedi einzugehen. Der Tenor seiner Ausführungen: Man sehe zwar die Umweltprobleme und verfolge die internationale Diskussion hierüber, doch entscheiden über die Zukunft der Mine müssten andere, zudem könne man auf das Kupferkonzentrat von Ok Tedi bei der NA nicht verzichten. Und überhaupt: Wenn wir das Ok Tedi - Erz nicht abnehmen, dann tun das andere, und die würden das lange nicht so umweltschonend weiter verarbeiten wie wir. In seiner Rede auf der Hauptversammlung legte Bernd Moritz von "Rettet die Elbe" nochmals die Argumente der Protestierenden dar und forderte die NA auf, sich ihrer Mitverantwortung für das von Ok Tedi verursachte ökologische Desaster zu stellen. Daraufhin kam es zu einer intensiven Diskussion, in der andere Aktionäre das Anliegen sogar unterstützten und der Aufsichtsrat anbot, in einen Dialog mit Umweltschützern, dem Minenbetreiber und der Regierung von Papua-Neuguinea einzutreten. Gegenstand des Dialogs soll ein möglicher Beitrag der NA zur Behebung der ökologischen und sozialen Probleme im Minengebiet sein.

Noch viel schlimmer sieht es auf der anderen Seite der die Insel Neuguinea teilenden Grenze, bei der Freeport-Mine in West-Papua, aus. Dort ist es der US-Bergbaukonzern Freeport McMoran mit Stammsitz New Orleans, der am Grasberg eine riesige Gold- und Kupfermine betreibt, ohne Rücksicht auf Natur und ortsansässige Bevölkerung. Freeport hat stets eng mit dem indonesischen Suharto-Regime zusammen gearbeitet, es war und ist in Indonesien der grösste Steuerzahler. Indonesisches Militär und privater

Sicherheitsdienst der Bergbaugesellschaft sorgen gemeinsam für einen reibungslosen Minenbetrieb gegen den Widerstand der lokalen Bevölkerung. Dabei schrecken sie vor Mord, Folter und anderen schweren Menschenrechtsverletzungen nicht zurück. Mit dem Aufschwung des west-papuanischen Widerstands gegen die indonesischen Besatzer in den letzten Wochen und Monaten (vor allem seit dem Unabhängigkeitsreferendum in Ost-Timor) hat sich auch der Widerstand gegen die Mine verstärkt. Immer wieder kommt es im Minengebiet zu Unruhen und Sabotageaktionen. Und auch in der indonesischen Öffentlichkeit mehren sich die Stimmen, die Freeport wegen seiner rücksichtslosen Umweltzerstörung kritisieren und einschneidende Veränderungen des Minenbetriebs fordern und sogar mit einer Schliessung der Mine drohen. Um dem entgegen zu wirken, reiste eigens Heny Kissinger, seines Zeichens Ex-US-Aussenminister und Aufsichtsratschef von Freeport, Ende Februar nach Jakarta. Er warnte vor einer Verschlechterung des Investitionsklimas für den Fall, dass man Freeport nicht weiter agieren lasse wie bisher, woraufhin er von Präsident Wahid zu seinem persönlichen Berater in Freeport-Angelegenheiten ernannt wurde! Der Kampf der Papua gegen die indonesische Besatzung, für Selbstbestimmung und Unabhängigkeit West-Papuas wird noch schwerer werden als jener der Ost-Timorese, und das vor allem, weil es dabei auch um die Freeport-Mine geht. Die NA macht sich zum Komplizen der Unterdrücker der west-papuanischen Bevölkerung. Am Kupfererz der NA aus der Freeport-Mine klebt das Blut der Papua. Auch das sollte mit der Aktion vor der Aktionärsversammlung publik gemacht werden. Die Protestanten vor dem Congress-Centrum machten deutlich: Die NA wird auch künftig unter Beobachtung stehen.

Volker Böge  
Hamburg, im April 2000



## Bericht von der Jahrestagung des Westpapua-Netzwerks

Am 24./25. März 2000 fand im Mauritiushaus in Niederndodeleben bei Magdeburg die Jahrestagung des Westpapua-Netzwerks statt. Es kamen ca. 30 VertreterInnen verschiedener Organisationen und Gruppen zusammen, die in der Bundesrepublik zu West-Papua arbeiten. Darunter waren u.a. die VEM aus Wuppertal, die Gesellschaft für bedrohte Völker aus Göttingen, der Arbeitskreis Vierte Welt e.V. aus Magdeburg, Rettet den Regenwald aus Bochum, Watch Indonesia aus Berlin sowie mehrere Kirchenkreise aus dem Rheinland, die Partnerschaften mit Gemeinden in West-Papua unterhalten. Ich war als Vertreter des Pazifik-Netzwerks dabei. Als Gäste waren zudem zwei Papua anwesend: Ottis Simopiaref, der in den Niederlanden im Exil lebt, sowie John Rumbiak, Vertreter einer Menschenrechtsorganisation aus Jayapura, West-Papua. Auch die Regierung Sachsen-Anhalts hatte einen Beobachter geschickt, der ein kurzes Grusswort sprach. Frau Angelika Köster-Loßagk von der Bundestagsfraktion der Grünen war ebenfalls zeitweise anwesend.

Relativ breiten Raum nahm die Diskussion um die künftige Netzwerkstruktur ein, die offensichtlich bereits seit geraumer Zeit im Netzwerk geführt wird und die an jenem Wochenende zu einem Abschluss gebracht werden sollte. Im wesentlichen standen sich zwei konkurrierende Modelle gegenüber. Option 1: Beibehaltung der jetzigen recht lockeren Netzwerkstruktur mit der Jahrestagung, einem Beirat und einer Koordinationsstelle, die bei der VEM in Wuppertal angesiedelt ist. Option 2: Überführung des Netzwerks in einen eingetragenen Verein. Nach intensiver Diskussion votierte die Mehrheit für die Option 1. Das heisst: Alles bleibt so wie bisher. (Ich habe mich bei der Abstimmung enthalten, da ich den längeren Vorlauf dieser Entscheidungsfindung nicht kannte und meines Wissens nach das Pazifik-Netzwerk zu dieser Frage sich auch in der Vergangenheit keine Meinung gebildet hatte). Dr. Siegfried Zöllner hat sich bereit erklärt, für ein weiteres Jahr von Wuppertal aus als Netzwerkkoordinator zu fungieren.

Die inhaltlichen Höhepunkte der Jahrestagung waren zweifellos die Vorträge von John Rumbiak und Angelika Köster-Loßagk. John Rumbiak berichtete über die aktuelle Situation in West-Papua, die von einer bedrohlichen Eskalation

gekennzeichnet ist. Es kommt mittlerweile fast täglich zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen West-Papuas einerseits, der indonesischen Polizei, dem Militär und zugewanderten 'Transmigrasi' andererseits. Die Papuas drängen - bestärkt durch die Entwicklungen in Indonesien generell und in Ost-Timor im besonderen - auf ihr Recht auf Selbstbestimmung. In den Augen vieler Menschen scheint die Unabhängigkeit zum greifen nah. Nach jahrzehntelanger Unterdrückung entladen sich Wut, Haß und Frustration. Die indonesische Regierung antwortet darauf unangemessen. Die Verfolgung der politischen Führer der West-Papua wird verschärft, und es wird eine Politik der Spaltung - besonders zwischen Papua und Transmigrasi - betrieben. Zum Teil werden bereits nach dem Vorbild Ost-Timors pro-indonesische Milizen gebildet. Auf der anderen Seite rüstet sich die OPM (die bewaffnete Befreiungsbewegung West-Papuas) für verstärkte gewaltsame Auseinandersetzungen. John machte als zentrales Problem der gegenwärtigen Situation aus, dass es keine wirksamen Mediationsinstanzen zwischen dem (indonesischen) Staat und der (west-papuanischen) Bevölkerung gibt, die in der Lage wären, zivile Formen des Konfliktaustrags zu organisieren, zu vermitteln und auf gewaltfreiem Wege Problemlösungen auszuhandeln. Er sah hier eine große Aufgabe für Kirchen und Menschenrechtsorganisationen. Sein Schlüsselwort in diesem Zusammenhang war 'empowerment'. Es besteht die große Gefahr, dass Staatsorgane und Bevölkerung in blutigen Auseinandersetzungen aufeinander prallen, wenn es nicht möglichst rasch gelingt, geregelte Verhandlungs- und Interessenregulierungsformen zu finden. Moderate Kräfte drohen allerdings gegenwärtig in eine Zwickmühle zwischen der Ungeduld großer Teile der Bevölkerung, die Unabhängigkeit jetzt sofort wollen, und der Intransigenz und Unbeweglichkeit der Staatsorgane zu geraten.

John Rumbiaks Ausführungen machten deutlich, dass die Gefahr eines Blutbades ähnlich wie in Ost-Timor im Vorjahr besteht und dass es dringend konfliktpräventiver Maßnahmen bedarf, um das zu verhüten. Vor dem Hintergrund dieser flehentlichen Mahnung aus dem Munde eines unmittelbar Betroffenen erschien dann der Vortrag von Angelika Köster-Loßagk umso ernüchternder. Denn obgleich sich die rot-grüne Bundesregierung zivile Konfliktbearbeitung und Krisenprävention als Schwerpunkte ihrer Außen- und Entwicklungspolitik gesetzt hat, zeigt die alltägliche parlamentarische Erfahrung doch, wie mühselig es ist, diese Orientierung konkret umzusetzen. Letztlich konnte Angelika wenig Mut machen: West-Papua ist weit weg, mit Indonesien verbindet die Bundesrepublik ein Geflecht vielfältiger (ökonomischer) Interessen. Mithin seien die Aussichten gering, dass sich die Bundesregierung besonders für die Rechte West-Papuas engagieren und für die Lage dort interessieren würde. Die beste Möglichkeit, in dieser Hinsicht etwas zu erreichen, bestehe in der Thematisierung der Menschenrechtslage. Angelika versprach, sich in diesem Sinne zu engagieren.

Angelika Köster-Loßagks Ausführungen bestärkten die Anwesenden einmal mehr darin, dass ohne Druck und Lobby-Arbeit sozialer Bewegungen und hochmotivierter NGOs sich in der 'hohen Politik' nichts bewegen wird. Auf der Jahrestagung wurden eine ganze Reihe von abgeschlossenen, laufenden oder geplanten Aktivitäten vorgestellt und diskutiert, die das Thema West-Papua in der bundesdeutschen Öffentlichkeit und Politik mit mehr Gewicht ausstatten sollen.

Hier nur stichwortartig einige dieser Aktivitäten:

- Aufklärung über den Einsatz ehemaliger NVA-Kriegsschiffe bei der Bekämpfung der Papua (GfbV)
- Postkartenaktion/Eilaktion zu Aufarbeitung Geschichte "Act of Free Choice" in den Niederlanden (GfbV u.a.)
- Report zur Gesamtproblematik West-Papua (GfbV)
- Film, Buch, Vorträge über Reisen nach West-Papua (VEM)
- Partnerschaften Kirchenkreise hier und dort; workcamps für junge Erwachsene (Kirchenkreis Hattingen-Witten)
- Protestaktion bei Aktionärsversammlung der Norddeutschen Affinerie in Hamburg wg. Freeport (Pazifik-Netzwerk u.a.)
- Bergbau/Freeport, Umweltzerstörungen und Menschenrechtsverletzungen (Pazifik-Netzwerk u.a.).
- Mamberamo (Rettet den Regenwald u.a.).

Insgesamt war die Jahrestagung (trotz etwas viel 'Vereinsmeierei') inhaltlich spannend und anregend. Das Pazifik-Netzwerk sollte sich auch künftig weiterhin beim Westpapua-Netzwerk beteiligen.

Volker Böge  
Hamburg, im April 2000



## Bericht

### Bougainville: Friedensprozess im Schneckentempo

Nach monatelangem Stillstand ist der Friedensprozeß auf der südpazifischen Insel Bougainville im März einen - kleinen - Schritt voran gekommen. Die Konfliktparteien einigten sich darauf, der Insel zunächst im Rahmen der Verfassung Papua-Neuguineas weitgehende Autonomie einzuräumen, eine Bougainville-Interims-Provinzregierung zu bilden und die Option eines Referendums über die Unabhängigkeit offen zu halten. Das ist mehr, als die Zentralregierung ursprünglich zugestehen wollte, aber auch weniger, als die secessionistischen Kräfte auf Bougainville gefordert hatten.

Die jüngsten Vorgänge auf Bougainville zeigen, wie kompliziert, langwierig und von Rückschlägen gefährdet Versuche von Friedenskonsolidierung in Nachkriegsgesellschaften sind, wenn tatsächlich Selbstbestimmung, Demokratie und Emanzipation zur Richtschnur einer Friedenslösung werden sollen. Die Entwicklungen auf dem "abgelegenen" Bougainville haben insofern exemplarischen Charakter für ähnliche Prozesse in verschiedenen Regionen der Dritten Welt. Bisher läßt sich der Fall Bougainville als "Erfolgsgeschichte" von "post-conflict peace building" lesen. Doch der Erfolg ist gefährdet.

Ein kurzer Rückblick auf die Ereignisse seit Beendigung der Kampfhandlungen möge verdeutlichen, wie weit man bisher gekommen ist, bzw. wie wenig weit man gekommen ist.

#### Was bisher geschah

Nach nahezu zehnjährigem Krieg zwischen den Streitkräften der Zentralregierung Papua-Neuguineas (PNG) und der für die Unabhängigkeit ihrer Insel kämpfenden Bougainville Revolutionary Army (BRA) kam es auf neuseeländische Vermittlung hin im Sommer 1997 zu Verhandlungen zwischen den Kriegsparteien und im Oktober 1997 zu einer Waffenruhe, die im April 1998 in einen förmlichen Waffenstillstand überführt wurde. Zuvor hatten sich die Parteien im Übereinkommen von Lincoln (Januar 1998) darauf geeinigt, eine politische Lösung des Konflikts anzustreben und hierfür Rahmenbedingungen und Verfahren ausgehandelt.

Der Waffenstillstand hält bis heute. Er wird von einer internationalen Friedensgruppe, der sog. Peace Monitoring Group (PMG), überwacht. Sie besteht aus männlichen und weiblichen Militär- und Zivilpersonen aus Australien, Neuseeland, Fiji und Vanuatu, ist unbewaffnet und auf Einladung der Konfliktparteien auf der Insel. Zudem unterstützt eine kleine UN-Beobachtermission den Friedensprozess.

Seit Inkrafttreten des Waffenstillstands konnten an der Basis gewisse Erfolge beim Wiederaufbau der zerstörten Infrastruktur (Straßen, Schulen, Gesundheitswesen), bei Versöhnung im Krieg verfeindeter Gruppierungen und bei Ankurbelung wirtschaftlicher Aktivitäten erreicht werden. Zum Teil wurden und werden die Bougainvilleans hierbei von ausländischen Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen unterstützt. So haben etwa die EU, AusAid (die australische staatliche Entwicklungshilfeagentur), das Internationale Rote Kreuz oder die "Ärzte ohne Grenzen" Hilfsprogramme laufen. Doch vor dem Hintergrund von zehn Jahren Krieg bedarf es für den Wiederaufbau noch gewaltiger Anstrengungen.

Die Fortschritte bei Wiederaufbau und Friedenskonsolidierung an der Basis werden nicht zuletzt behindert durch Verzögerungen und Rückschläge bei den Prozessen auf der politischen Ebene. Die im Lincoln-Übereinkommen vereinbarten Schritte konnten nicht oder nicht termingerecht realisiert werden. Das hatte Gründe sowohl im Verhalten der Zentralregierung als auch in Problemen auf seiten der Bougainvilleans. Mitte Juli 1999 kam in Port Moresby, der Hauptstadt PNG's, eine neue Regierung unter Sir Mekere Morauta an die Macht. Sie löste nach einem Misstrauensvotum die Regierung Skate ab, die den Verhandlungsprozess mit den bougainvilleanschen Sezessionisten eingeleitet hatte. Der neuen Regierung musste eine gewisse Einarbeitungszeit eingeräumt werden, was selbstverständlich auch die Fortführung des Friedensprozesses verzögerte. Im August 1999 wurde Sir Michael Somare, der erste Premier PNG's nach der Unabhängigkeit und einer der großen alten Männer der papuanischen Politik, zum Minister für

Bougainville-Angelegenheiten benannt und somit mit der Leitung des Friedensprozesses auf Seiten der Zentralregierung betraut. Allerdings besuchte Somare erst Anfang Oktober 1999 erstmals Bougainville und bot nach Gesprächen mit allen Fraktionen dort "weitgehende Autonomie" für Bougainville an und forderte die Bougainvilleans auf, bis Weihnachten 1999 hierfür konkrete Vorschläge vorzulegen, die dann Grundlage für Verhandlungen mit der Zentralregierung sein sollten.

Auf Seiten der Bougainvilleans war es mittlerweile zu bedeutenden Vereinheitlichungsprozessen gekommen. Insbesondere konnte Ende Mai 1999 der Bougainville People's Congress (BPC) konstituiert werden. In ihm arbeitete ein breites Spektrum gesellschaftlicher Kräfte zusammen, und er repräsentierte - als weitgehend aus gewählten RepräsentantInnen zusammengesetztes Gremium - zweifellos die grosse Mehrheit der Bevölkerung Bougainvilles. Insbesondere vereinigten sich im BPC diejenigen Kräfte, die während des Krieges für die Unabhängigkeit Bougainvilles gekämpft hatten, also die BRA und ihr politischer Arm, das Bougainville Interim Government (BIG), und jene Kräfte, die mit der Zentralregierung kollaboriert hatten, nämlich das Bougainville Transitional Government (BTG) und die Resistance Forces. Präsident des BPC wurde Joseph Kabui, Vize-Präsident des BIG. Unter seiner Führung sollte die Exekutive des BPC mit der Zentralregierung über eine politische Lösung verhandeln. Als Leitlinie für solche Verhandlungen legte der BPC fest: weitestgehende Autonomie als Übergangslösung und Unabhängigkeit als Ziel.

Allerdings blieben einige relevante Kräfte dem BPC fern. Das war zum ersten die BRA-Fraktion um Francis Ona, dem Präsidenten des BIG. Sie hatte sich von vornherein nicht an dem Friedensprozess beteiligt, lehnte Übergangslösungen ab und bestand auf der Position: Unabhängigkeit für Bougainville sofort und ohne Bedingungen. Das war zum zweiten der Leitana Council of Elders (LCOE) unter Joel Banam. Hierbei handelt es sich um die Vertretung von Kräften von der Nachbarinsel Buka, die für den Verbleib bei PNG sind, weil sie fürchten, in einem unabhängigen Bougainville von der BRA dominiert zu werden. Und das war schließlich John Momis, der wichtigste Bougainville-Abgeordnete im Nationalparlament PNG's. Er wandte sich gegen den BPC, weil er, Momis, gemäß der Verfassung PNG's das Recht gehabt hätte, als Gouverneur Chef der Provinzregierung Bougainvilles zu sein. Diese Provinzregierung, das Bougainville Provincial Government (BPG), aber hatte die Regierung Skate suspendiert, um den Friedensprozeß nicht zu gefährden, da BRA und BIG nicht bereit waren, eine solche gemäß der PNG-Verfassung gebildete Institution anzuerkennen. Momis klagte vor den obersten Gerichten PNG's gegen die Suspendierung des BPC. LCOE und Momis arbeiteten zusammen, um ein Gegengewicht gegen den BPC zu bilden. Ihre bevorzugte politische Option war Autonomie für Bougainville im Rahmen des Staatsverbandes von PNG.

Kabui und der BPC bemühten sich nach Kräften, Ona, den LCOE und Momis einzubinden, um zu einer einheitlichen bougainvilleanschen Position gegenüber der Zentralregierung zu kommen, bestand doch die Gefahr, dass diese ihre bereits während des Krieges praktizierte Taktik des "teile und herrsche" abgestützt auf Momis und den LCOE fortführen würde.

Diese Bemühungen waren weitgehend erfolgreich. In Reaktion auf das Angebot und die Aufforderung Somares von Anfang Oktober 1999 verabschiedeten 250 Delegierte der verschiedenen Strömungen auf Bougainville am 29. Oktober 1999 die "Nehan Resolution", in der eine gemeinsame Position für die Verhandlungen mit der Zentralregierung festgelegt wurde. Diese Resolution wurde auch von Momis und den LCOE-Vertretern getragen. Sie gab der Delegation für Verhandlungen mit der Zentralregierung zwei klare Aufträge: "die höchste Form von Autonomie" für Bougainville anzustreben und eine Regelung zu erreichen, die es der Bevölkerung von Bougainville erlaubt, selbstbestimmt mittels eines verbindlichen Referendums seine politische Zukunft zu entscheiden. Kabui wertete dieses Resultat als großen Erfolg, da sich die Führer von Bougainville endlich geeinigt hätten. Er hob die Notwendigkeit der Verbindung von Autonomie und Referendum hervor, weil die BRA mit Autonomie allein nicht zufrieden zu stellen sei. Zudem bilde die Referendumsforderung eine "Brücke zu Mr. Ona". In der Tat hatte Francis Ona mehrfach selber ein Referendum gefordert.

### **Schwieriger Verhandlungsprozess**

In den kommenden Monaten verfolgte der BPC mit Bedacht seine "inklusive" Politik, die auf Integration auch der Flügel der bougainvilleanschen Bewegung (Momis und LCOE einerseits, Ona andererseits) abzielte, weiter. Kern dieser Politik war die Kombination der Forderungen nach Autonomie und Referendum. Hinter diesen Forderungen stand und steht die grosse Mehrheit der Bevölkerung Bougainvilles.

Die Zentralregierung formulierte demgegenüber die Gegenposition: Autonomie ja, Referendum nein. Denn ein Referendum sehe die Verfassung PNG's nicht vor. Dies ist ein äußerst schwaches Argument, lässt sich



die Verfassung doch ändern; und selbst für die Gewährung weitreichender Autonomie müsste die Verfassung geändert werden.

In einer neuen Verhandlungsrunde Mitte Dezember 1999 zwischen einer Delegation der Zentralregierung unter Leitung von Somare und den vereinigten Bougainville-Vertretern legten letztere ihre gemeinsame Position auf den Tisch: höchste Form der Autonomie und Referendum über die politische Zukunft. Der Zentralregierung wurde bis Ende Januar 2000 Zeit gegeben, um hierzu Stellung zu nehmen und einen Gegenvorschlag zu unterbreiten.

Zwischenzeitlich hatte sich die Lage noch weiter kompliziert, weil der Oberste Gerichtshof PNG's Ende November 1999 die Suspendierung des BPG für nicht rechtmäßig erklärt hatte. John Momis hatte sich mithin schliesslich auf dem juristischen Parkett durchgesetzt; Anfang Dezember war er zum Gouverneur für Bougainville ernannt worden und hatte nun die Möglichkeit, seinerseits eine Provinzregierung zu bilden. Das stärkte seine Position, und der BPC war gezwungen, mit Momis zu einem neuen Arrangement zu kommen. Man verständigte sich darauf, dass für die Zeit der Verhandlungen mit der Zentralregierung "interim arrangements" notwendig seien. Ende Dezember einigten sich Momis und Kabui auf folgende Regelung: Momis wird als Gouverneur akzeptiert und kann eine Provinzregierung bilden, der BPC bleibt aber ebenfalls bestehen und federführend für die Verhandlungen mit der Zentralregierung, als Verbindungsglied zwischen beiden Institutionen wird ein "Consultative Committee" gebildet. Die Gefahr einer Schwächung der bougainvilleanschen Position durch neuerliche Spaltungen konnte so verhindert werden. Darüber hinaus könnte diese Regelung für Bougainville sogar Vorteile entwickeln. Denn dem BPC, als einem in der PNG-Verfassung nicht vorgesehenem "illegalen" Organ, hielt die Zentralregierung Gelder für Verwaltung und Wiederaufbau der Insel vor. Einem rechtmässigen Gouverneur und seiner Regierung gegenüber ist das nicht mehr möglich, so dass jetzt leichter "Staatsknete" nach Bougainville fließen könnte.

Die für Ende Januar 2000 festgesetzte Verhandlungsrunde wurde mehrfach verschoben, weil die Zentralregierung keinen Gegenvorschlag zu den Bougainville-Positionen zu stande bekam. Es entstand der Eindruck, dass die Regierungsseite den Verhandlungsprozess bewusst verschleppte, um Zeit zu gewinnen. Denn ihr Kalkül ist, dass die Zeit für sie arbeitet. So kam es erst am 7./8. März 2000 auf Buka wieder zu Verhandlungen. Die Delegation der Zentralregierung legte ein "Framework for Development and Autonomy in Bougainville" vor, welches in sich widersprüchlich und wenig konkret war. Vage wurde die Autonomie-Option (vorbehaltlich der Zustimmung des Nationalparlaments) offeriert, und es wurde gefordert, die Bougainvilleans sollten doch erst einmal ein einheitliches autorisiertes Verhandlungsgremium schaffen, welches dann weiter mit der Regierung verhandeln könne. Diese Gegenvorschläge wurden von Seiten der Bougainville-Führung einhellig abgelehnt. Momis bezeichnete sie als "Beleidigung unserer Intelligenz". Somare und seine Delegation mussten "beschämt" ob dieser Zurückweisung die Heimreise in die Hauptstadt antreten.

Trotz des Scheiterns der Verhandlungen hatten sie einen wichtigen positiven Aspekt: Die Einheit der verschiedenen Bougainville-Fraktionen hatte sich bewährt und war gestärkt worden. Kabui, Momis und Banam zogen an einem Strang, was wenige Monate zuvor noch undenkbar schien. Die Zentralregierung musste einsehen, dass sie mit ihrer bisherigen Spaltungspolitik (vorerst) nicht weiter kommen würde. Diese Einheit zeigte sich auch im sog. Neun-Punkte-Plan für Bougainville, den die Bougainville-Führung unmittelbar nach dem Scheitern der Verhandlungen als ihre gemeinsame Verhandlungsposition präsentierte. Darin forderten sie u.a.: Die höchste Form von Autonomie und Selbstregierung "short of independence" sofort; entsprechende Änderungen der PNG-Verfassung; ein Referendum über die Frage der Unabhängigkeit; Festlegung des Zeitplans für ein Referendum (oder falls erforderlich: mehrere Referenda) und gegebenenfalls die nachfolgenden Schritte zur Unabhängigkeit durch die Bougainvilleans selbst.

### **Das Loloata-Übereinkommen**

Schon am 17. März begann auf Loloata Island bei Port Moresby eine neue Verhandlungsrunde. Sie war auf drei Tage angesetzt, dauerte dann aber eine ganze Woche. Die zähen Verhandlungen mussten mehrmals verlängert werden. Der entscheidende Streitpunkt war die Frage des Referendums. Schliesslich präsentierte man am 23. März der Öffentlichkeit das "Loloata Understanding" als Verhandlungsergebnis. Darin einigte man sich auf Autonomie für Bougainville im Rahmen der Verfassung PNG's und die Etablierung eines Bougainville Interim Provincial Government für die Übergangszeit bis zur Bildung einer gewählten Autonomieregierung. Zur Frage des Referendums heisst es, dass die Zentralregierung den Wunsch der Bougainville-Delegation nach einem solchen zur Kenntnis nimmt und dass hierüber weiter verhandelt werden solle, dass aber die Durchführung eines Referendums verschoben werden könne auf einen

Zeitpunkt, nachdem die Autonomieregelung implementiert sei und angemessen bewertet werden könne. Mithin hatte sich die Bougainville-Seite mit ihrer Forderung nach einer Garantie für ein Referendum nicht durchsetzen können. Aber auch die Zentralregierung, die eigentlich nur eine Autonomieregelung festlegen wollte, musste ein Zugeständnis machen in dem Sinne, dass die Referendumsfrage weiter Verhandlungsgegenstand bleibt.

Alle Seiten zeigten sich zufrieden mit dem Ergebnis. Kabui sprach von einem "Sieg für den Frieden", Somare von einem "Wendepunkt" in den Bemühungen um eine politische Lösung.

Die neue Interimsprovinzregierung und eine Interims-Provinzversammlung wurden bereits am 30. März in einer feierlichen Zeremonie auf Buka unter der Teilnahme von rund 1000 ZuschauerInnen und zahlreicher Regierungsmitglieder und Politiker aus PNG eingesetzt. Die Interims-Provinzversammlung hat 25 Mitglieder, darunter die vier Abgeordneten des PNG-Nationalparlaments für Bougainville, vier Frauen und vier Mitglieder des BPC. Sie alle wurden von der PNG-Regierung auf Vorschlag der vier Bougainville-Abgeordneten ernannt. Chef der Interims-Provinzregierung ist John Momis, sein Stellvertreter ist Gerald Sinato (ehemals Chef des BTG). Mit dem BPC hat man sich auf ein Arrangement entlang der Vereinbarungen von Ende Dezember 1999 verständigt, d.h.: Momis als Chef der Interimsregierung, die Geld, Dienstleistungen und Verwaltungsstrukturen für Bougainville sicher stellt; Kabui als Präsident des fortbestehenden BPC, der seine Autorität aus der mehrheitlichen Unterstützung durch die Bevölkerung zieht und zentraler Verhandlungspartner der Zentralregierung bleibt. Im Idealfall werden Interimsregierung und BPC künftig eng zusammenarbeiten.

Die Zentralregierung rechnet nunmehr mit einem Zeitraum von "mehreren Jahren", bis die Autonomie für Bougainville realisiert ist. Sie will also weiter auf Zeit spielen. Der BPC bemüht sich zur Zeit seinerseits, seine Interpretation des Verhandlungsergebnisses von Loloata durchzusetzen: Man habe die Autonomie erreicht und das Recht auf ein Referendum in absehbarer Zukunft gesichert. Das stimmt so nicht ganz. Vielmehr wird man weiter um die Abhaltung eines Referendums ringen müssen und sich hierfür auf einen Zeitplan verständigen müssen. Kabui und der BPC sehen weiter vor der schwierigen Aufgabe "inklusive Politik". Schwierigkeiten stehen vor allem in Hinsicht auf die Integration der intransigenten Elemente in den eigenen Reihen ins Haus. Denn Teile der BRA werden zusehends nervös und ungeduldig, ihnen geht der Prozess zu langsam, sie haben das Gefühl, hingehalten zu werden. In einer Presseerklärung vom 24. April 2000 erklärte der Oberkommandierende der BRA, Ishmael Toroama, dass seine Leute "nicht sehr glücklich" mit dem jüngsten Verlauf des Friedensprozesses seien und dass er "unter starkem Druck" seiner Leute stehe. Unklar ist auch, wie lange Francis Ona und seine Fraktion noch still halten, wenn der Friedensprozess nur im Schnecken tempo voran kommt und ein Referendum immer wieder auf unbestimmte Zeit verschoben wird. Von der Bereitschaft, ihre Waffen abzugeben, sind die BRA und die Ona-Fraktion nach dem Kompromiss von Loloata weiterhin weit entfernt. In dieser Frage wird man sicher nur dann voran kommen, wenn es eindeutige Garantien und einen Zeitplan für ein Referendum gibt. Solange bleibt auch der Waffenstillstand folglich prekär.

Auf der anderen Seite ist auch nicht auszuschließen, dass es künftig wieder zu Konflikten zwischen dem BPC und Momis/LCOE kommen wird, wenn letztere doch an der Autonomieregelung als Endpunkt des Prozesses Gefallen finden sollten und die Unabhängigkeits-Option wieder fallen lassen.

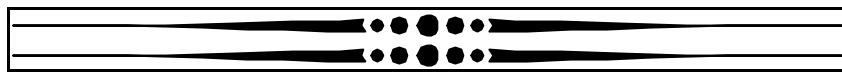
### **Kernfrage Referendum**

Ein fairer Kompromiss, der allen Seiten Chancen lässt, könnte darin bestehen, dass man zunächst tatsächlich eine Autonomieregelung institutionalisiert und sich auf die Abhaltung eines Referendums in einem überschaubaren Zeitraum - etwa in fünf Jahren - einigt. Dann hätten die Zentralregierung und die Autonomie-Befürworter unter den Bougainvilleans die Gelegenheit, die Bevölkerung davon zu überzeugen, dass Autonomie für Bougainville politisch, ökonomisch, sozial und kulturell so attraktiv ist, dass man auf die Unabhängigkeit verzichten und bei PNG bleiben kann. Und die Unabhängigkeits-Befürworter könnten weiterhin friedlich für ihre Option arbeiten und werben. Die letzte Entscheidung aber läge gut demokratisch bei der Bevölkerung Bougainvilles. Selbst wenn man davon ausgeht, dass heute eine Mehrheit für die Unabhängigkeit votieren würde, wäre unklar, wie groß die Minderheit wäre und wie sie auf einen solchen Referendumsausgang reagieren würde; ein Rückfall in einen gewaltsamen Konfliktaustrag jedenfalls wäre nicht auszuschließen, und das wiederum würde den Erfolg eines positiven Referendums wieder zunichte

machen. Die Verschiebung eines Referendums bietet die Möglichkeit, noch grössere Mehrheiten für die Unabhängigkeit zu mobilisieren und in der Minderheit Vertrauen zu schaffen, dass auch sie in einem unabhängigen Bougainville nichts zu befürchten, aber womöglich viel zu gewinnen hätte. Soweit ist der Prozess von Versöhnung und Vertrauensbildung heute noch nicht.

Erfahrungen in anderen Weltteilen zeigen, wie schwierig es ist, eine solche faire, gerechte und demokratische Konfliktlösung tatsächlich zu bewerkstelligen; auch Bougainville geht noch schweren Zeiten entgegen. Bisher haben die Geduld und der Friedenswille der Bevölkerung und das politische Können ihrer RepräsentantInnen Bougainville eine "Erfolgsgeschichte" in Sachen Friedenskonsolidierung beschert. Es ist weiterhin offen, ob die Geschichte ein happy end haben wird.

Volker Böge  
Hamburg, im Mai 2000



## Buchbesprechung

### ***Vor dem Vulkanausbruch. Eine ethnologische Erzählung***

**Florence Weiss: Vor dem Vulkanausbruch. Eine ethnologische Erzählung. Reihe: Die Frau in der Gesellschaft, Fischer Taschenbuch, Frankfurt am Main 1999; 24,90 DM**

Die schweizer Ethnologin und Psychoanalytikerin Florence Weiss beschreibt in ihrem, nach den "Dreisten Frauen" zweiten populärwissenschaftlichen Buch eine Forschungsreise in die in Papua-Neuguinea gelegene Stadt Rabaul. Nachdem sie 15 Jahre lang die dörfliche Kultur der am Sepik-Fluss lebenden latmul studiert hat, verfolgt sie nun die Frage, wie es den in die Städte Abgewanderten - immerhin die Hälfte der rund 10.000 latmul - geht. Sie interessiert, wie die Transformation von Dorf- zu Stadtfrauen verläuft und inwieweit sich die am Sepik starke und unabhängige Position der Frauen, die auf ihrer Hauptnährerrolle beruht, verändert hat. Sind aus dreisten Frauen einfache Hausfrauen und aus stolzen Männern simple Lohnarbeiter geworden?

Um dies zu beantworten, zieht Weiss für einige Monate mit ihrem Partner Milan Stanek in die am Rande der Stadt gelegene, zumeist aus selbstgezimmernten Unterkünften bestehende Armensiedlung, in der die 300 latmul, bis dahin die größte außerhalb des Dorfes bestehende Migrantengruppe, leben. Mit drei Frauen entwickelt sie eine enge persönliche Beziehung. In langen Gesprächen erzählen die Frauen, wie sie leben, berichten über ihre Gedanken und ihre Kultur. Langsam erkennt Weiss die Frauen des Dorfes wieder, die sich wehren und durchsetzen können. Obwohl sie jetzt vom Lohn des Ehemannes abhängig sind, die Aufgabenverteilung zwischen Frauen und Männern sich damit umgekehrt hat, betrachten sie sich nicht als den Männern unterlegen, verteidigen ihre Interessen und kämpfen wie im Dorf. Allerdings sind sie dem Modernisierungsprozeß weit weniger ausgesetzt als die Männer, die in der Stadt Gehorsam, Selbstdisziplinierung und Zeiteinteilung erlernen müssen oder eben ihren Job verlieren. Während diese ohne persönliche und kulturelle Beziehungen der fremdbestimmten, weil nicht mehr an persönlichen Bedürfnissen ausgerichteten, Lohnarbeit nachgehen, reproduzieren die Frauen ihre im Dorf so wichtige Gruppenidentität beim gemeinsamen Marktgang, dem Fischfang und dem Kartenspiel.

Obwohl die Erwachsenen einer Arbeit nachgehen und niemand in der Siedlung hungert, macht Weiss Unterschiede in der Armut aus. Diejenigen, denen die Anpassung an den Modernisierungsprozeß und das moderne Leben nur bedingt gelingt, gehören zur untersten sozialen Schicht. Das bedeutet, dass vor allem aus jungen, im Beruf stehenden Frauen moderne, selbstbewußte Stadtfrauen geworden sind, der gelungene soziale Aufstieg "von der Buschkanakin zur schwarzen Elitefrau", während andere von einer Verbesserung der ärmlichen Wohn- und Lebensbedingungen nur träumen können. Die es sich leisten können, haben der

Siedlung bereits den Rücken zugekehrt und sind in die Stadt gezogen. Trotz der Schwierigkeiten will allerdings niemand ins Dorf zurück, in dem, so die genannten Gründe, Moskitos, Gruppendruck zur Verteilung des Mehrprodukts und die Angst vor Zauberei vorherrschen. Der Weg in die Moderne ist beschritten und es ist nachvollziehbar, dass die kommende Generation eine völlig andere Beziehung zum bzw. wenige Kenntnisse vom Dorf hat und durch andere Werte geprägt sein wird.

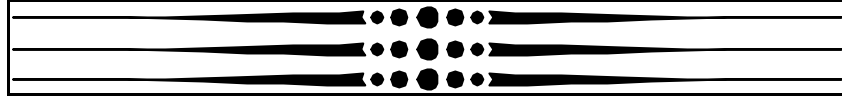
Soweit der Bericht und das Ergebnis der Siedlungsstudie. Was den in Papua-Neuguinea lebenden Rezensenten von Anfang an irritiert, ist das Bild der Gesellschaft, das von Weiss gezeichnet wird und kaum mit der gegenwärtigen Realität in Einklang zu bringen ist. Wo ist das Papua-Neuguinea, in dem die Weißen die Macht haben und alles nach ihren Prinzipien läuft, in dem man "wie in New York" nach Rassen getrennt lebt, wo das Wohnviertel für Weiße (während die Schwarzen weitgehend in den sogenannten squatter settlements leben), wo das nur von Weißen genutzte Kino oder gar das von Weißen geführte Café, in dem es sich Weiss und Stanek manchmal gut gehen lassen? Man wird das Gefühl nicht los, im falschen Land zu sein, da es hier kaum noch Weiße gibt und Arbeitsplätze, Ämter und Villen in Niugini-Hand sind (darunter fällt auch die unbedeutende Zahl naturalisierter Weißer). Nirgendwo wird in dem Buch präzisiert, wann denn der Weiss'sche Besuch stattgefunden hat, wann die "ethnologische Erzählung" spielt. Der kurze Epilog konkretisiert zwar, dass drei Jahre nach der Feldforschung durch einen verheerenden Vulkanausbruch die gesamte Stadt einschließlich der latmul-Siedlung zerstört wurde. Doch wer von den deutschen Lesern weiß schon, dass der Vulkan im Jahr 1994 ausbrach. Damit wird erkennbar, dass die Weiss'sche Geschichte neun Jahre zurückliegt, eine Zeitspanne, die extrem lang ist, berücksichtigt man, dass das Land erst seit den 80er Jahren einem rapiden kulturellen und sozio-ökonomischen Wandel ausgesetzt ist. Damit wird auch verständlich, warum von hoher Arbeitslosigkeit und Kriminalität, von Hunger und Prostitution sowie Perspektivlosigkeit kaum die Rede ist.

Negativ stößt auch auf, wenn Weiss ihren anti-kolonialen bzw. anti-australischen Ressentiments freien Lauf lässt. So ist nach ihr der im Land übliche 14tägige Zahntag nur erklärbar mit Arbeitgebern, die der Auffassung sind, dass "Schwarze weder Haushalten noch rechnen können" und zudem den ganzen Lohn versaufen. Auch wenn viele Niuginis ihren Lohn vertrinken und das zu großen innerfamiliären Überlebensproblemen führt, verliert das Argument an Gewicht, wenn man weiß, dass das von Australien eingeführte fortnight-System auch dort noch bis heute die Norm ist. Wer käme auf den Einfall, so in Australien zu lamentieren. Ärgerlich ist zudem, wenn Weiss die Gewaltbereitschaft der Frauen als positiven Widerstand gegen die Gewalt der Männer interpretiert. Für sie sind die Geschlechter gleichartig und ebenbürtig, wenn auch Frauen töten können und es auch tun. Wo bleiben aber Hunderte von Frauen, die jährlich durch Frauen umgebracht oder verletzt werden? Ist Gewalt bzw. physische Aggression gut, wenn sie von Frauen und insbesondere von starken latmul-Frauen ausgeht und gegen Männer gerichtet ist? Wo bleibt die Differenzierung und das Veto gegen die auf allen gesellschaftlichen Ebenen eskalierende Gewaltbereitschaft? Auch wenn es in dem Buch `nur` um die subjektive und literarische Verarbeitung von Forschungsergebnissen und -ergebnissen geht, darf von einer Ethnologin eine etwas weitergehende Reflexion gesellschaftlicher Entwicklungen erwartet werden.

Zusammenfassend soll hier keinesfalls die - so die Autorin - auch von den Siedlungsbewohnern hochgelobte Weiss'sche Kenntnis der Dorfkultur der latmul angezweifelt werden. Das Buch öffnet dem breiten Publikum eine leicht lesbare und interessante Einführung in die Lebenssituation einer Gruppe von Menschen, die sich aus einem traditionellen clanbestimmten Kontext gelöst und in der modernen Stadt niedergelassen hat, in der unsere globalen Werte- und Verhaltensmuster das Leben bestimmen. Weiss gelingt es, kulturelle Distanz zu überwinden und eine große Nähe zu ihren Gesprächspartnern herzustellen, zugunsten der Leser. Trotzdem fasse ich das Buch als unredlich auf, da es dem Leser ohne Hinweis das Bild einer längst vergangenen Epoche vermittelt. Wer käme schon heute auf die Idee, einem ausländischen Publikum in Buchformat die wilden 1970er als Bundesrepublik zu präsentieren, sieht die deutsche Gegenwart doch ganz anders aus. Im Kontext des in Europa nachgefragten Dreiecks starke Frauen, (nicht nur, aber auch) Dritte Welt und Taschenbuch scheint dieser Aspekt aber für Autorin und Lektorat von geringer Bedeutung zu sein.

PS: In diesem Zusammenhang sind die Forschungsarbeiten der Ethnomedizinerin Carol Jenkins zu empfehlen, die über Jahre Feldforschung für das in Goroka ansässige Institute of Medical Research betrieben hat. Ihre Studien geben ein anderes, wenig euphorisches und dafür aktuelleres und differenziertes Bild von Frauen in Stadt und Armut im heutigen Papua-Neuguinea wieder.

Roland Seib  
Goroka/Papua-Neuguinea



## Termine

### Ausstellungen

6. April bis 30. Juli 2000 "**BlickDicht- Zeitgenössische Kunst australischer Aborigines**" im Adelhauser Museum für Natur- und Völkerkunde, Freiburg  
(Informationen zu dieser Wechselausstellung unter: [www.aboriginal-art.de](http://www.aboriginal-art.de))

immer: **Didgeridoo**ausstellung und- verkauf im Brückenforum Bonn (Friedrich-Breuer-Str. 17, 53225 Bonn-Beuel)

### Veranstaltungen/Seminare

26. bis 28. Mai 2000: **Pioniere für das Leben. Lutherische Missionare in Neuguinea.** Information und Anmeldung bei: Monika Heumann, Missionskolleg, Postfach 68, 91561 Neuendettelsau, Tel: 09874/ 9 15 30, Fax: - 93350, mail: [mk@Missionswerk-Bayern.de](mailto:mk@Missionswerk-Bayern.de)

23. bis 24. Juni 2000: **Internationale Zivilgesellschaft- Neue und alte *global players*.** Information und Anmeldung bei: Franz-Hitze-Haus, Katholisch-Soziale Akademie Münster, Kardinal-von-Galen-Ring 50, 48149 Münster, Tel: 0251/98 18-0, Fax: - 480, mail: [fhh.muenster@t-online.de](mailto:fhh.muenster@t-online.de)

### Diverses:

**Deutscher Menschenrechtsfilmpreis 2000:** Mitmachwettbewerb für Amateure und Profis. Information und Anmeldung bis zum 1. Oktober 2000 bei: Evangelische Medienzentrale Bayern, Hummelsteiner Weg 100, 90459 Nürnberg, Tel: 0911/ 430 42 11, Fax: 0911/ 430 42 14, [www.menschenrechts-filmpreis.de](http://www.menschenrechts-filmpreis.de)

**TOURA D'OR:** Wettbewerb Internationaler Tourismusfilm zur Verbesserung touristischer Informations- und Werbefilme im Sinne eines umwelt- und sozialverträglichen Tourismus. Ausschreibung und Information ab Ende Mai bei: Studienkreis für Tourismus und Entwicklung e.V., Kapellenweg 3, 82541 Ammerland, Tel: 0 81 77/17 83, Fax: - 1349, mail: [studienkreistourismus@computer-serve.com](mailto:studienkreistourismus@computer-serve.com), <http://www.studienkreis.org>

**Neue**



**Dossiers**

Nr. 54: (in Vorbereitung)

**"Vom 'traditionellen' Wohlstand in die 'moderne' Marginalisierung? Soziale und politische Desintegration in Papua-Neuguinea**

Autor: Roland Seib, Melanesian Institute, März 2000, 11 Seiten, DM -,50

Das Dossier ist (zzgl. Versandkosten) ab Juni 2000 über die Infostelle zu beziehen.



## Neue Videos

SBS TV (australischer Fernsehsender): **A Bougainville documentary**. VHS, 35. min., englisch, März 2000

Solomon Western Islands Fair Trade (SWIFT): **Green Gold**. VHS, 45 min., englisch

Arte / Themenabend: **Gehet hin in alle Welt. Missionare**- Aus der Berufung ins Abenteuer, VHS, 210 min., deutsch

Alle Videos können in der Pazifik-Informationsstelle (gegen eine Portospende) ausgeliehen werden.



## Neuere Literatur

amnesty international: **Indonesien - Osttimor**. INFO 4/99 (Oktober bis Dezember), Indonesien-/Osttimor-Koordinierungsgruppe, Bonn 1999, 89 S.

amnesty international: **Indonesien - Osttimor**. INFO 1/00 (Januar bis März), Indonesien-/Osttimor-Koordinierungsgruppe, Bonn 2000, 50 S.

Blum, Heike und Dietmar Henker (Hrsgs.): **Another look at Germany**. A political guide for Asian visitors. 1999, 208 Seiten, DM 24,80 zzgl. Versandkosten (zu beziehen über das Asienhaus Essen, Bullmannau 11, 45327 Essen)

Frauengleichstellungsstelle der Evang.-Luth. Kirche in Bayern (Hrsg.): **Und sie treten aus dem Schatten**. (darin ein Beitrag eines Vereinsmitgliedes) September 1999, 304 Seiten, DM 24,80 (ISBN 3-583-33101-X)

Hertel, Jörg: **Meine Osterinse I**. 297 Seiten, Paperback mit Infoteil und Karten, DM 29,80

Huy, Stefan und Bruni Gebauer: **Südsee**. Marco Polo Reiseführer, Neuauflage Frühjahr 2000, Mairs Geographischer Verlag, 180 Seiten, DM 16,80

informationszentrum 3. welt: **Malestreaming Gender? Geschlechterverhältnisse in der Entwicklungspolitik** (Sonderheft). Freiburg 2000, 52 Seiten, DM 6,- (gg. Verrechnungsscheck zu beziehen über: iz3w, Postfach 5328, 79020 Freiburg, Tel.: 07 61/740 03; fax: 70 98 66)

Klingebiel, Ruth und Shalini Randeria (Hrsgs.): **Globalisierung aus Frauensicht. Bilanzen und Visionen**. 2. Auflage 2000, Reihe EINE Welt- Texte der Stiftung Entwicklung und Frieden, Bd. 6, 360 Seiten, DM 24,80 (ISBN 3-8012-0263-1)

Kösterke, Astrid: **Urlaubsreisen und interkulturelle Begegnung**. Schriftenreihe für Tourismus und Entwicklung. 423 Seiten + 112 Seiten Anhang, DM 35,- (zzgl. Versandkosten, zu beziehen gegen Rechnung bei: Studienkreis für Tourismus und Entwicklung e.V., Kapellenweg 3, 82541 Ammerland)

Mundo Étnico Foundation (Hrsg.): **Talofa! Language and stories, creative arts, games, recipes, music and songs from the South Pacific**. Paket mit 1 Buch und 2 CD's für 80 DM (zu beziehen über Telefon (+31-13) 455 36 91 bei Mundo Étnico; oder ISBN 90-72840-15-1 für das Buch und 90-72840-14-3 für die CD's)

Schubert, Gunter (Hrsg.): **Menschenrechte in Ostasien. Zum Streit um die Universalität einer Idee II.** Tübingen 1999, J.C.B.Verlag (Paul Siebeck), DM 128,-

Tetzlaff, Rainer (Hrsg.): **Weltkulturen unter Globalisierungsdruck. Erfahrungen und Antworten aus den Kontinenten.** Reihe EINE Welt- Texte der Stiftung Entwicklung und Frieden, Bd. 9, 384 Seiten, DM 24,80 (ISBN 3-8012-0281-X)



## Internetadressen

**<http://www.usp.ac.fj/journal/>:** "Pacific Journalism Online" der University of South Pacific (USP) mit links zu u.a. Radio Pasifik, Pasifik Nius und Wansolwara (Zeitung der StudentInnen des Studiengangs Journalismus an der USP)

**<http://www.pactok.net.au/docs>:** Pacific Media Watch versendet auf Anfrage per e-mail (niusedita@pactok.net.au) aktuelle Artikel aus dem gesamten pazifischen Raum. Es handelt sich um den Nachrichtenservice (Niuswire) des Studiengangs Journalismus an der Universität von Papua-Neuguinea (UPNG).

**<http://pidp.ewc.hawaii.edu/pireport/text.htm>:** Die Artikel im Pacific Islands Report informieren übersichtlich, detailliert und "hintergründig".

Über Netzwerker Norbert Braumann können Informationen zur aktuellen Situation in Bougainville bezogen werden. Dazu einfach eine kurze Nachricht mit der Bitte um Aufnahme in die "Bougainville Info" eMail-Verteilerliste an: N.Braumann@tu-bs.de



## Neues aus der Infostelle

Seit dem 1. April hat die Stelleninhaberin Kontakte zu folgenden Personen und Institutionen geknüpft:

The Van Baal Institute for New Guinea Studies, Amsterdam: Kooperation bei Projekten zu Papua-Neuguinea wird diskutiert

Gesellschaft für die Neuen Englischsprachigen Literaturen, Universität Osnabrück: evtl. Zusammenarbeit bei Buchprojekten mit indigenen SchriftstellerInnen

Völkerkundemuseum Wuppertal: Inhaltliche Hilfe (Zusendung von Dossiers, Recherchen) bei den geplanten Sonderausstellungen zum Pazifik

Deutsches Weltgebetstagskomitee, Stein: Die Stelleninhaberin wird in der Publikation zu Samoa 2001 einen Artikel über die Anti-Atomwaffenbewegung im Pazifik veröffentlichen, im Gegenzug wird das Weltgebetstagskomitee in seinem Buch für den Verein und die Infostelle Werbung machen

Das Neuseelandhaus, Bergkamen: Aufnahme in die Verteilerliste für aktuelle Informationen aus Aotearoa

Missionare vom heiligsten Herzen Jesu, Münster (katholische Kongregation, seit 1882 auf Neubritannien/PNG): Aufnahme in Info-Verteilerliste, der Referent für Papua-Neuguinea wird zur nächsten Ausschusssitzung eingeladen

Studienkreis für Tourismus und Entwicklung, Ammerland: evtl. Beteiligung an Seminaren und Publikationen

in Neuseeland: National Library of New Zealand in Wellington, Christchurch Environment Centre

(NRO), Auckland Museum (Kurator für Ethnologie), Auckland Universität (Department of Anthropology)  
Kosmos Spieleverlag: In der nächsten Rundbriefausgabe wird ein Gastautor ein Gesellschaftsspiel über den Pazifik rezensieren.

Die deutsche Veröffentlichung von "Pacific women speak out for independence and denuclearisation" schreitet dank der Vorarbeiten aller Beteiligten schnell voran. Die australische Herausgeberin hat allerdings detaillierte Auflagen, die in der nächsten Zeit abgearbeitet werden müssen. Voraussichtlicher Erscheinungstermin ist Frühsommer 2000.

Die Stelleninhaberin hat Kontakt zum Deutschen Klimarechenzentrum in Hamburg aufgenommen. Das Institut kann evtl. ein Expertenteam benennen, das die geplante Umweltstudie am Ramu-Fluß in Papua-Neuguinea durchführen könnte. Am Ramu wird eine Nickelmine gebaut, deren Abraum in die Tiefengewässer des Pazifiks gepumpt werden soll.

Die Anmeldung zum 29. Deutschen Evangelischen Kirchentag vom 13. bis 17. Juni in Frankfurt/M. ist erfolgt. Zu Psalm 31 "Du stellst meine Füße auf weiten Raum" werden wir das Thema Landrechte am Beispiel von a) Papua-Neuguinea und b) Neuseeland vorstellen. Im "Markt der Möglichkeiten" sind wir im Themenbereich 3 "In Freiheit bestehen" ("Im Schatten des Geldes, im Schatten der Weisheit"; Prediger Salomo 7,12) angesiedelt.



Karte aus: Center for Pacific Studies & University of Hawai'i Press (eds.): **The Contemporary Pacific: A Journal of Island Affairs**. Volume 12, Number 1, Spring 2000



**Länderschwerpunkt 2000: Neuseeland**

Karten aus: New Zealand Tourism Board (ed.) **New Zealand- Where to stay Guide** 1999



**Herausgegeben von der Pazifik-Informationsstelle  
Postfach 68, 91561 Neuendettelsau, Tel. 09874-91220,  
Fax - 93322, e-mail: [Pazifik-Info@Missionswerk-Bayern.de](mailto:Pazifik-Info@Missionswerk-Bayern.de),  
Redaktion: Julia Ratzmann**

